

Der Kreistag - Haupt- und Finanzausschuss



HESSENS MITTE • WISSEN
WIRTSCHAFT & KULTUR

Kreisgremien und
Öffentlichkeitsarbeit
Anette Herzberger
Gebäude F, Raum F208
Riversplatz 1-9
35394 Gießen
Telefon 0641/9390-1829
anette.herzberger@lkgi.de
www.lkgi.de

Az.: 91 000-212

Gießen, den 19. Dezember 2017

NIEDERSCHRIFT

über die 12. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses des Landkreises Gießen
am 14. Dezember 2017
Konferenzraum 1, Zimmer Nr. F212, Riversplatz 1-9, 35394 Gießen

Zu dieser Sitzung wurde mit Einladungsschreiben vom 27.11.2017 eingeladen.

Es sind anwesend:

Ausschussmitglieder

Ellen Volk
Annette Bergen-Krause
Tobias Breidenbach
Gerald Dörr
Reinhard Hamel
Heinz-Peter Haumann
Kurt Hillgärtner
Frank Ide
Christian Zuckermann
Andreas Lemmer
Dr. Ulrich Lenz
Peter Pilger
Sabine Scheele-Brenne
Harald Scherer
Udo Schöffmann
Gerda Weigel-Greilich
Thomas Wollmann

Kreistagsabgeordnete
Kreistagsabgeordnete
Kreistagsabgeordneter
Ausschussvorsitzender
Kreistagsabgeordnete
stv. Ausschussvorsitzender
stv. Ausschussvorsitzender
Kreistagsabgeordnete
Kreistagsabgeordneter

i. V. für Stefan Bechthold

i. V. für Matthias Knoche

beratende Ausschussmitglieder

Tim van Slobbe

Kreisausländerbeiratsmitglied

Ältestenrat

Karl-Heinz Funck
Claudia Zecher
Günther Semmler
Christian Zuckermann

Kreistagsvorsitzender
stv. Kreistagsvorsitzende
Fraktionsvorsitzender
Fraktionsvorsitzender

Kreisausschuss

Anita Schneider
Dr. Christiane Schmahl
Johann Gottfried Hecker
Matthias Klose
Silva Lübbers
Gottfried Schneider

Landrätin
hauptamtliche Erste Kreisbeigeordnete
Kreisbeigeordneter (mit Dezernat)
Kreisbeigeordneter
Kreisbeigeordnete
Kreisbeigeordneter

Verwaltung

Thomas Euler
Udo Liebich
Klaus-Dieter Schmitt
Mario Rohrmus
Rosemarie Kray
Ingo Jung
Jutta Heieis
Klaus Graulich

Stabsstelle Kreisgremien u. Öffentlichkeitsarbeit
Büroleitung Dezernat I
Büroleitung Dezernat I
Betriebsleiter Servicebetrieb
Servicebetrieb
FD Bauen
FB-Leiterin Finanz- u. Rechnungswesen
Schriftführer

Entschuldigt:

Matthias Knoche
Björn Fleischer-Smajek
Claus Spandau
Maria Alves

1. Eröffnung und Begrüßung

Ausschussvorsitzender Peter Pilger eröffnet die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses um 16.37 Uhr. Er begrüßt die Erschienenen und stellt sodann die form- und fristgerechte Einladung zur heutigen Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistagsausschusses fest.

Frau Landrätin Schneider bittet sodann im Rahmen eines „Antrages der Landrätin“ darum, noch einen Beschlussantrag als Dringlichkeitsantrag mit auf die heutige Tagesordnung zu nehmen. Es handelt sich hierbei um die „Zuschussvereinbarung und die Rahmendarlehensverträge zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsprogrammes II „KIP macht Schule“ mit der WiBank“, so Frau Landrätin Schneider weiter, dessen Dringlichkeit darin besteht, dass die erst mit Datum 07.12.2017 beim Landkreis Gießen eingegangenen entsprechenden Verträge binnen 4 Wochen an die WiBank zurückzusenden sind.

Die Zustimmung der Ausschussmitglieder hinsichtlich der Dringlichkeit vorausgesetzt, soll dieser „Antrag der Landrätin“ dann als neuer TOP 10 in die Tagesordnung der heutigen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses mit aufgenommen werden, so Herr Ausschussvorsitzender Peter Pilger.

Abstimmung über die Dringlichkeit:

Zustimmung (einstimmig)

- | | |
|----|---|
| 2. | Feststellung des Jahresabschlusses 2016 / Entlastung der Betriebsleitung für das Geschäftsjahr 2016 des Servicebetriebes Landkreis Gießen;
hier: Vorlage des Betriebskommission des Servicebetriebes Landkreis Gießen vom 8. August 2017 (Vorlage Nr. 0419/2017) |
|----|---|

Eine Nachfrage von Herrn Wollmann bezüglich der gestiegenen Umsatzerlöse und Materialaufwendungen wird von Frau Kray, Servicebetrieb, dahingehend beantwortet, dass es sich hierbei um die zum 01.01.2016 erfolgte Überführung der Bauunterhaltung in den Servicebetrieb handelt, welche bis dahin im Haushalt des Landkreises Gießen veranschlagt wurde.

Der Kreistagsausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung für den Kreistag ab:

Zustimmung (einstimmig)

- | | |
|----|---|
| 3. | Löschwasser-Konzept im Landkreis Gießen;
hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 8. November 2017 (Vorlage Nr. 0489/2017) |
|----|---|

Frau Landrätin Schneider begründet die Vorlage des Kreisausschusses und weist insbesondere darauf hin, dass es sich hierbei um ein IKZ-Projekt auf der Grundlage eines öffentlich-rechtlichen Vertrages handelt und derzeit auch inhaltsgleich in den Parlamenten der Kreiskommunen beraten und dann beschlossen werden soll.

Der Kreistagsausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung für den Kreistag ab:

Zustimmung (einstimmig)

- | | |
|----|---|
| 4. | Resolution zur Ablehnung der Neueinteilung der Wahlkreise bei der Landtagswahl;
hier: gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und FW vom 13. November 2017 (Vorlage Nr. 0494/2017) |
|----|---|

Frau Bergen-Krause begründet den Antrag der Fraktionen von SPD und FW damit, dass hier ein Zeichen gesetzt werden soll, die gewachsenen Strukturen mit bekannten Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger zu erhalten, auch wenn natürlich bekannt ist, dass an den Wahlkreiszuschnitten aufgrund der gestiegenen Anzahl von Wahlberechtigten etwas verändert werden muss.

Herr Kreistagsvorsitzender Karl-Heinz Funck merkt an, dass die „Resolution zur Ablehnung der Neueinteilung der Wahlkreise bei der Landtagswahl“, auch wenn der Hessische Landtag dies in der Sitzungsperiode bis Freitag so beschließen wird, nicht „ins Leere läuft“, weil es von mindestens einer großen Landtagsfraktion die Ankündigung gibt, hiergegen dann zu klagen.

An der weiteren Aussprache beteiligen sich noch Herr Semmler, Frau Weigel-Greulich, Frau Landrätin Schneider, Herr Schöffmann, Herr Scherer, sowie Herr Wollmann.

Der Kreistagsausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung für den Kreistag ab:

Zustimmung (mehrheitlich bei 9 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen)

- | | |
|----|---|
| 5. | Projektgenehmigung für die energetische Sanierung der Kreisvolkshochschule in Lich im Rahmen des KIP und nicht energetische Sanierung und Umbauarbeiten im Rahmen des Haushaltes;
hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 13. November 2017 (Vorlage Nr. 0487/2017) |
|----|---|

Ausschussvorsitzender Peter Pilger teilt zunächst mit, dass im zuständigen Fachausschuss, dem Kreistagsausschuss für Schule, Bauen und Sport, Frau Hauptamtliche Erste Kreisbeigeordnete Dr. Schmahl darauf hingewiesen hat, dass der zweite Satz des Hauptantrages:

„Die Genehmigung wird unter dem Vorbehalt der zusätzlich benötigten Haushaltsmittel im Nachtragshaushalt 2018 erteilt.“

gestrichen werden müsse, damit gleich zu Beginn des neuen Haushaltsjahres 2018 mit der Umsetzung der Maßnahme begonnen werden kann.

Kreistagsabgeordnete Susanne Gerschlauer hat für die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FW diese Anregung als Änderungsantrag übernommen, was dann auch so vom Fachausschuss einstimmig beschlossen wurde.

Der Kreistagsausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung für den Kreistag ab:

Abstimmung über den geänderten Hauptantrag:

Zustimmung (einstimmig)

- | | |
|----|---|
| 6. | Projektgenehmigung für die energetische Sanierung und Erneuerung der Heizzentralen im Rahmen des KIP und nicht energetische Sanierung im Rahmen des Haushaltes an der Grundschule "Am Diebsturm" in Grünberg;
hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 13. November 2017 (Vorlage Nr. 0480/2017) |
|----|---|

Ausschussvorsitzender Peter Pilger gibt bekannt, dass diese Vorlage vom zuständigen Fachausschuss, dem Kreistagsausschuss für Schule, Bauen und Sport, ohne Änderungen einstimmig beschlossen wurde.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Der Kreistagsausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung für den Kreistag ab:

Zustimmung (einstimmig)

- | | |
|----|--|
| 7. | Projektgenehmigung für die energetische Sanierung der Gebäudehülle (Bauabschnitt 9) im Rahmen des KIP (Bundesprogramm) an der Gesamtschule Pohlheim "Adolf-Reichwein-Schule" in Pohlheim-Watzenborn-Steinberg;
hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 16. November 2017 (Vorlage Nr. 0496/2017) |
|----|--|

Ausschussvorsitzender Peter Pilger teilt auch hier zunächst mit, dass vom zuständigen Fachausschuss, dem Kreistagsausschuss für Schule, Bauen und Sport, nachfolgende Änderung, welche von der Kreistagsabgeordneten Elke Högy beantragt worden ist, einstimmig beschlossen wurde:

„Der Betrag „2.544.619 €“ ist zu ersetzen durch den Betrag „2.800.000 €“.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Der Kreistagsausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung für den Kreistag ab:

Zustimmung (einstimmig)

- | | |
|----|---|
| 8. | Erlass einer Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2017/2018 hinsichtlich der Höhe der Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2018;
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 22. November 2017 (Vorlage Nr. 0504/2017) |
|----|---|

Ausschussvorsitzender Peter Pilger merkt zunächst an, dass es sich formal hier um einen „Haushaltsantrag“ handelt und auch Herr Kreistagsvorsitzender Karl-Heinz Funck weist zu Beginn dieses Tagesordnungspunktes darauf hin, dass eine Änderung der Hebesätze der Kreis- und Schulumlage nur durch den Erlass einer Nachtragshaushaltsatzung möglich ist, so dass der von der CDU-Fraktion vorgelegte Beschlussantrag nicht den Vorschriften des § 97 HGO i. V. m. § 25 der Kreistagsgeschäftsordnung entspricht. Sollte der Kreistag dies so beschließen, müssen die Kreistagsmitglieder darüber in Kenntnis gesetzt werden, dass dann der Kreisausschuss zu Recht Einspruch dagegen einlegen wird, weil der Beschlussantrag in dieser Form nicht umsetzbar ist.

Frau Landrätin Schneider gibt sodann bekannt, dass aus den verschiedensten Gründen (näheres hierzu unter TOP 15 „Mitteilungen“) ohnehin beabsichtigt ist eine Nachtragshaushaltssatzung für den Doppelhaushalt 2017/2018 zu erlassen. Die Haushaltseinbringung ist für den 05. März 2018 und die Verabschiedung durch den Kreistag für den 07. Mai 2018 vorgesehen, so dass im Rahmen dieser Haushaltsplanberatungen dann auch Änderungswünsche hinsichtlich einer Senkung der Kreisumlage beantragt und beraten werden könnten, so Frau Landrätin Schneider weiter.

Herr Schöffmann geht sodann darauf ein, dass mit einem Nachtragshaushalt 2017/2018, der erst im Mai 2018 verabschiedet werden soll, den kreisangehörigen Kommunen nicht geholfen ist, weil diese jetzt in den aktuell laufenden Haushaltsplanberatungen für das Haushaltsjahr 2018 Planungssicherheit hinsichtlich der Höhe der von ihnen zu entrichtenden Kreisumlage benötigen.

Frau Landrätin Schneider weist nochmals auf die Bürgermeisterdienstversammlung vom 02. November 2017 hin, in welcher sie mit der Bekanntgabe der Haushalts-Eckdaten auch zugesagt hat, dem Kreistag einen Haushaltsplanentwurf vorzulegen, der eine „verbindliche“ Hebesatzsenkung der Kreisumlage um mindestens 1 % (bei gleichbleibendem Schulumlagehebesatz in Höhe von 16 %) vorsieht. Weiter gibt Frau Landrätin Schneider jedoch zu bedenken, dass ungeachtet etwaiger Zusagen ihrerseits es der Kreistag ist, der hier letztendlich über die Höhe des Kreisumlagehebesatzes zu entscheiden hat, so dass diese Planungsunsicherheit ohnehin erst mit der Haushaltsverabschiedung im Mai 2018 bzw. der sich dann noch anschließenden Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde beseitigt sein wird.

An der weiteren Aussprache, bei der es in erster Linie um die Zulässigkeit und Umsetzbarkeit dieses Beschlussantrages geht, beteiligen sich noch Herr Breidenbach, Herr Scherer, Frau Bergen-Krause, Herr Haumann, Frau Weigel-Greilich sowie Herr Ide.

Herr Schöffmann stellt nochmals klar, dass die CDU-Fraktion auf einen solchen Kreistagsbeschluss zur Absenkung der Kreisumlage zum jetzigen Zeitpunkt besteht, weil dies die Planungssicherheit der Kreiskommunen erfordert, der Kreisausschuss daher seiner Meinung nach die erforderliche Nachtragshaushaltssatzung nicht rechtzeitig dem Kreistag vorgelegt hat und auch eine verbindliche Aussage von Frau Landrätin Schneider, wie sie selbst erläutert hat, nicht gegeben werden kann. Wörtlich sagte Herr Schöffmann in diesem Zusammenhang weiter:

„Ich hatte da auch noch eine andere Dezernentin, die hat gesagt, es kommt eine Außensportanlage an die Adolf-Reichwein-Schule und das ist dann auch so nicht eingetreten, weil das muss ja der Kreistag eben noch beschließen“.

Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden Peter Pilger bestätigt Herr Haumann, dass über den Beschlussantrag der CDU-Fraktion in der vorgelegten Form daher heute abgestimmt werden soll.

Der Kreistagsausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung für den Kreistag ab:

Ablehnung (6 Ausschussmitglieder stimmen für den Antrag, 10 dagegen)

- | | |
|----|--|
| 9. | Freigabe einer Vollzeitplanstelle des Stellenplans zum Haushalt 2018 im Fachdienst Ausländer- und Personenstandswesen;
hier: Vorlage des Kreisausschusses vom 10. November 2017 (Vorlage Nr. 0492/2017) |
|----|--|

Herr van Slobbe begrüßt im Namen des Ausländerbeirates diese Nachbesetzung einer Vollzeitplanstelle im Fachdienst Ausländer- und Personenstandswesen, ist jedoch gleichzeitig auch der Auffassung, dass dies aufgrund der aktuellen Ausländerzahlen bei Weitem nicht ausreichend ist.

Frau Landrätin Schneider stimmt dieser Auffassung zu und weist auf die derzeitige Organisationsuntersuchung in diesem Bereich hin, welche sich sicherlich hier auch im Rahmen des Nachtragshaushaltes 2017/2018 auf den Stellenplan auswirken wird.

An der weiteren Aussprache beteiligen sich noch Herr Wollmann, Herr Hamel sowie Herr Semmler.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt,

eine in den Stellenplan des Haushaltes 2018 im Produkt 12.2.01 neu eingestellte Vollzeitplanstelle der Wertigkeit EG 5 TVöD zur unbefristeten Besetzung ab dem 01. Januar 2018 freizugeben.

Zustimmung (15 Ja-Stimmen bei 2 Gegenstimmen)

- | | |
|-----|--|
| 10. | Zuschussvereinbarung und Darlehensrahmenverträge zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsprogrammes II „KIP macht Schule“;
hier: Antrag der Landrätin vom 08. Dezember 2017 |
|-----|--|

Die Dringlichkeit dieses Antrages wurde bereits zu Beginn der Sitzung einstimmig von den Ausschussmitgliedern festgestellt.

Ausschussvorsitzender Peter Pilger verweist nochmals auf die einstimmige Beschlussfassung im zuständigen Fachausschuss, dem Kreistagsausschuss für Schule, Bauen und Sport.

Eine weitere Aussprache erfolgte nicht mehr.

Der Kreistagsausschuss gibt folgende Beschlussempfehlung für den Kreistag ab:

Zustimmung (einstimmig)

11. Bericht des Kreisausschusses zur aktuellen Flüchtlingssituation im Landkreis Gießen;
hier: Beschluss des Kreistages vom 25. September 2017

Es erfolgt keine weitere Aussprache über den der Einladung zu der heutigen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses als Anlage beigefügten schriftlichen Berichtes des Kreisausschusses.

Der Kreistagsausschuss nimmt den Bericht entgegen.

12. Bericht des Kreisausschusses zum Thema "Umsetzung des CETA-Abkommens auf Kommunal- und Kreisebene";
hier: Beschluss des Kreistages vom 13. November 2017

An der Aussprache über den der Einladung zu der heutigen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses als Anlage beigefügten schriftlichen Berichtes des Kreisausschusses beteiligen sich Herr Hamel, Herr Kreistagsvorsitzender Karl-Heinz Funck sowie Frau Landrätin Schneider.

Der Kreistagsausschuss nimmt den Bericht entgegen.

13. Informationen über die aktuelle Flüchtlingssituation

Frau Landrätin Schneider berichtet über die aktuelle Entwicklung der Flüchtlingssituation im Landkreis Gießen (siehe **Anlage 1**).
Herr van Slobbe zeigt sich in diesem Zusammen bestürzt über den am 12.12.2017 verübten Anschlag auf eine Asylbewerberunterkunft in Laubach.

14. Bericht über den Stand der Beratungen zum Beitritt des Landkreises Gießen zur Hessenkasse

Frau Landrätin Schneider berichtet über den aktuellen Stand der Beratungen zum Beitritt des Landkreises Gießen zur Hessenkasse (siehe **Anlage 2**).

Hierbei informiert Frau Landrätin Schneider die Ausschussmitglieder insbesondere auch noch darüber, dass durch eine vorzeitige Ablösung der (teilweise längerfristigen) Kassenkredite eine hohe Vorfälligkeitsentschädigung entstehen würde. Es soll daher versucht werden, einen Schuldnerwechsel zur WiBank zu erreichen, was angesichts der Tatsache, dass ein Großteil der Kassenkredite ohnehin schon bei der WiBank aufgenommen wurde, realistisch erscheint.

Der Kreistagsausschuss nimmt den Bericht entgegen.

15. Mitteilungen und Anfragen

Frau Landrätin Schneider macht folgende 3 Mitteilungen:

1) Notwendigkeit zum Erlass eines Nachtragshaushaltes 2017/2018

Landrätin Anita Schneider teilt mit, dass nach § 7 Abs. 2 GemHVO, auf den sich auch die Nebenbestimmung Nr. 10 in der Haushaltsgenehmigungsverfügung des Regierungspräsidiums vom 17. März 2017 bezieht, dem Kreistag im Falle eines Doppelhaushalts eine Fortschreibung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung vor Beginn des zweiten Haushaltsjahres vorgelegt werden soll.

Weil aber in mehreren Bereichen des Haushaltes Planabweichungen absehbar sind (KFA, KIP II, Hessenkasse Stellenanforderungen etc.), besteht die Notwendigkeit zum Erlass einer Nachtragshaussatzung zum Doppelhaushalt 2017/2018.

Die Nachtragssatzung wird in der nächsten Sitzung des Kreistages am 5. März 2018 eingebracht und soll in der Sitzung am 7. Mai 2018 verabschiedet werden. Aufgrund der zurzeit noch bestehenden Unsicherheiten mache es keinen Sinn, das Investitionsprogramm und die mittelfristige Ergebnisplanung fortzuschreiben, ohne die Veränderungen, die sich aus dem Nachtragshaushaltsplan ergeben werden, zu berücksichtigen. Die Aktualisierung und Fortschreibung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung werde deshalb mit der Vorlage des Nachtragshaushalts erfolgen. Dies gelte auch für alle übrigen Anlagen, die dem Haushaltsplan beizufügen sind.

- 2) Neuaufnahme eines Investitionskredites in i. H. v. 10 Mio. EUR bei der WiBank (siehe Anlage 3).
- 3) Finanzielle Förderung des Radwegeverkehrskonzeptes des Landkreises Gießen durch das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung in Höhe von 42.000 EUR (siehe Anlage 4).

Ausschussvorsitzender Peter Pilger schließt die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses um 18.15 Uhr.



Peter Pilger
Ausschussvorsitzender



Klaus Graulich
Schriftführer

Asyl - Monatsbericht

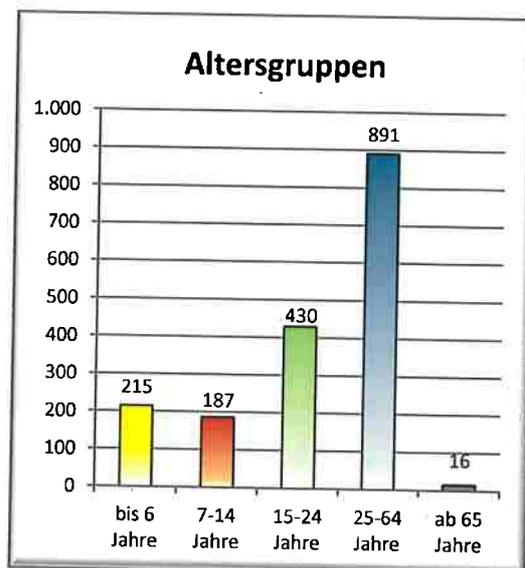
Quelle: soda, MK_AsyLWochebericht

Anlage I

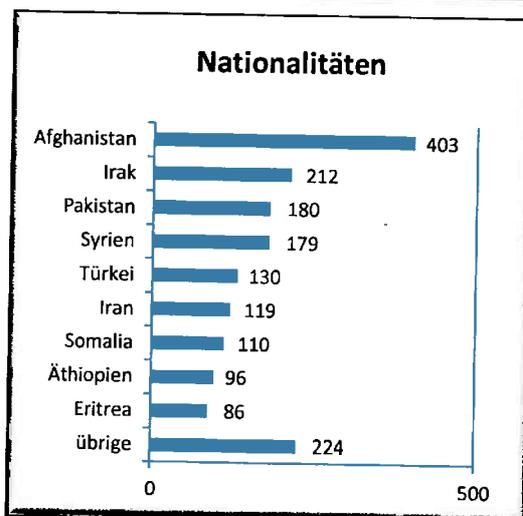
Stand	01.12.2017		
	Stamm-personal	Aushilfs-/Leiharbeitskräfte	Summe
Leitung	1,00		1,00
Verwaltung	14,35	3,77	18,12
Sozialer Dienst	7,00	9,08	16,08
	22,35	12,85	35,20

Aktuelle Fallzahl	1.095
Aktuelle Personenzahl	1.739
davon männlich	1.181
weiblich	558
ohne Angabe	0

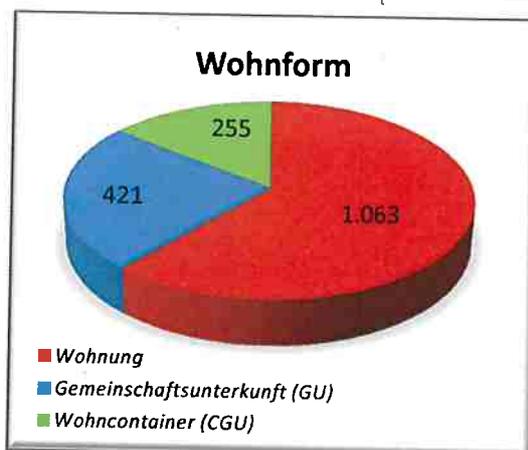
Altersgruppen	
bis 6 Jahre	215
7-14 Jahre	187
15-24 Jahre	430
25-64 Jahre	891
ab 65 Jahre	16
ohne Angabe	0
Summe	1.739



Nationalitäten	
Afghanistan	403
Irak	212
Pakistan	180
Syrien	179
Türkei	130
Iran	119
Somalia	110
Äthiopien	96
Eritrea	86
übrige	224
Summe	1.739



Wohnform	
Wohnung	1.063
Gemeinschaftsunterkunft (GU)	421
Wohncontainer (CGU)	255
Summe	1.739



zusätzlich:

SGB II-Leistungsempfänger in GU/CGU	635
-------------------------------------	-----

Anzahl der Unterkünfte	
Gemeinschaftsunterkünfte (GU)	41
Wohncontainer (CGU)	31

HFA 14.12.2017 – TOP 13

Bericht über den Stand der Beratungen zum Beitritt des Landkreises Gießen zur Hessenkasse

Unter diesem Tagesordnungspunkt hatte ich in der letzten Sitzung am 9.11.2017 brandaktuell über das Ergebnis unseres Gespräches mit dem Hessischen Ministerium der Finanzen am 7.11.2017 berichtet.

Unser Termin dort war erst das 2. Gespräch dieser Art, das das Finanzministerium mit allen antragsberechtigten Landkreisen führen will. Inzwischen sind weitere Gespräche geführt worden, bei denen offenbar vor allem auch das Problem der Ablösung der langfristigen Kassenkredite erörtert wurde. Folgende Informationen haben sich verändert bzw. sind neu:

1. Anders als es uns angekündigt worden war, soll bei den Gläubigerkreditinstituten nun doch vorrangig nachgefragt werden, ob sie einem Schuldnerwechsel zustimmen, bei dem die WiBank an die Stelle des Landkreises tritt. Für den Fall, dass eine Bank damit nicht einverstanden ist, wird nach den Bedingungen für eine vorzeitige Ablösung gefragt. Der Mustertext für ein Anschreiben liegt uns seit Anfang dieser Woche vor. Wir werden die Abfrage kurzfristig veranlassen.
2. Die Ablösung der Kassenkredite soll nicht mehr nur an einem Tag, d.h. zum Stichtag 30.06.2018 erfolgen, sondern an drei Terminen, nämlich am 16. Juli, 15. Oktober und 17. Dezember.
3. Zum Gesetzgebungsverfahren: Ein Gesetzentwurf der Regierungsfractionen soll noch in diesem Jahr die Landesverwaltung erreichen. Ein Beschluss wird voraussichtlich erst im April 2018 gefasst.

Landkreis Gießen Der Kreisausschuss		Gießen, 30.11.2017
FB Finanz- und Rechnungswesen Fachdienst Finanzen	Name:	Beate Repp
	Telefon:	0641-9390 1704
	Fax:	0641-9390 1658
	E-Mail:	Beate.Repp@lkgi.de
	Gebäude:	D
	Raum:	020

Vermerk für Frau Landrätin Schneider für die Sitzung des Kreisausschusses am 4. Dezember 2017 und die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 14. Dezember 2017

Neuaufnahme eines Investitionskredites in Höhe von 10 Mio. EUR

Der Kreditportfoliobeirat hat am 19. September 2017 beschlossen, bis Ende November 2017 einen Investitionskredit mit einer Gesamtlaufzeit von 25 Jahren aufzunehmen. Am 13. November 2017 wurde in der Dezernentenrunde die Aufnahme des Investitionskredites in Höhe von 10 Mio. EUR beschlossen.

Die Neuaufnahme wurde als Ratendarlehen mit einer Laufzeit von 25 Jahren und einer vierteljährlichen Tilgung von 100.000,00 EUR sowie einer Zinsfestschreibung bis Laufzeitende ausgeschrieben. Valuta: 30.11.2017

Am 20. November 2017 wurden 10 Banken und 3 Makler angeschrieben und um Abgabe eines Angebotes gebeten. Folgende Angebote wurden abgegeben:

- | | |
|---|-----------------------|
| a) Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen | 1,570 % Zinsen |
| b) CC Gesellschaft f. Geld- u. Devisenhandel | 1,600 % Zinsen |
| c) Magral AG, Financial Brokers | 1,600 % Zinsen |
| d) KADEGE, Vermittlungsges.mbH & Co. KG | 1,600 % Zinsen |
| e) Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank | 1,685 % Zinsen |
| f) Landesbank Hessen-Thüringen | 1,720 % Zinsen |

Der Kreditvertrag wurde mit der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen, die das günstigste Angebot abgegeben hat, abgeschlossen.

F. d. R.

Repp

Landkreis Gießen Der Kreisausschuss		Gießen, 13.12.2017	
Dezernat I Die Landrätin	Name:	Anita Schneider	
	Telefon:	06 41 - 93 90 1737	
	Fax:	06 41 - 93 90 16 00	
	E-Mail:	anita.schneider@lkgi.de	
	Gebäude: F	Raum:	F112 a

Mitteilung im Haupt- und Finanzausschuss am 14.12.2017

Radwegeverkehrskonzept des Landkreises Gießen

Im Doppelhaushalt 2017/2018 sind Mittel für die Erstellung eines Radwegeverkehrskonzeptes in Höhe von 25.000 € vorgesehen.

Ein Interessenbekundungs- mit einem anschließenden Ausschreibungsverfahren wurde inzwischen durchgeführt. Entsprechende Angebote liegen vor; die Bandbreite der Angebote liegt zwischen 36.000 € und rund 100.000 €.

Neben dem Ausschreibungsverfahren wurden Zuwendungsanträge sowohl beim Bund aus dem Förderprogramm „Nationaler Radverkehrsplan 2020“ und beim Land Hessen im August 2017 neu eingerichteten Förderungsprogramm „Nahmobilität“ eingereicht.

Während wir vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur am 23.11.2017 eine Ablehnung erhalten haben, hat uns das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung am 4.12.2017 eine finanzielle Förderung in Höhe von bis zu

42.000 €

bewilligt. Die Förderquote beträgt 70 % .

Die Auftragsvergabe kann jetzt unmittelbar noch im Dezember erfolgen. Die Aufstockung der Haushaltsmittel sowie die Landeszuweisung werden im Nachtragshaushalt dargestellt.